



FWG **Freie Wählergemeinschaft Brechen**

Gemeindevertreterversammlung 25.11.2015

Haushaltsrede 2016

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2016 brechen wir endgültig mit einer Jahrzehnte langen und bewährten Tradition, unseren Haushaltsplan umsichtig, solide und nicht spekulativ zu konzipieren. Dies haben wir in der Vergangenheit getan, indem wir die Zahlen der Steuerschätzungen des Hessischen Finanzministeriums und den damit verbundenen Gemeindeanteilen an den Lohn- und Einkommenssteuer, sowie die erwarteten Schlüsselzuweisungen für das jeweils kommende Jahr nicht zu 100% auf die Einnahmenseite unseres Haushaltes übernahmen, sondern lediglich einen deutlich geringeren Ansatz einbuchten. In gleicher Weise verfahren wir auch mit den erwarteten Gewerbesteuererträgen.

Und an diesen Zahlen haben wir auch die Ausgaben eines jeden Haushaltsjahres orientiert. Mit dieser Vorgehensweise sind wir gut durch die Haushaltsjahre gekommen, konnten unvorhersehbare Ausgaben im Laufe eines Jahres oder niedrigere als die ursprünglich vom Ministerium geschätzten Steuereinnahmen kompensieren ohne dafür geplante Investitionen und Projekte kurzfristig stoppen oder gänzlich streichen zu müssen, und eine dadurch entstandene finanzielle Schieflage des Haushaltes auszugleichen.

Häufig konnten wir das jeweilige Haushaltsjahr durch die vorsichtigen Ansätze in den einzelnen Haushaltsstellen des Entwurfes mit einem Überschuss anstatt mit einem Defizit abschließen.

Dieses Mal übernehmen wir die Zahlen aus den Steuerschätzungen des Hess. Finanzministeriums sowie die zu erwartenden Schlüsselzuweisungen 1:1 in unseren Haushaltsplanentwurf, kalkulieren damit unsere Einnahmen ohne einen finanziellen Puffer, der uns bei unerwarteten Mindereinnahmen oder nach unten korrigierten Steuerschätzungen, die sich leider immer im Verlauf eines Haushaltsjahres ergeben können, die Möglichkeit bieten könnte, dieses auszugleichen.

Zusätzlich drehen wir nochmals heftig an der Steuerschraube und erhöhen die Grund- und Gewerbesteuern deftig um teils bis zu 60 Prozentpunkte, um dadurch einen ausgeglichenen Haushaltsplan zur Genehmigung bei der Kommunalaufsicht vorlegen zu können.

Damit verlassen wir unsere Gepflogenheit einer soliden Haushaltsplanung zugunsten einer spekulativen, unserer Meinung nach wenig verantwortungsvollen Vorgehensweise mit einem risikoträchtigeren Ausgang des Haushaltsjahres.

Diese aktuelle Entwicklung begleiten wir mit großer Sorge und Skepsis, und halten diese Vorgehensweise letztlich auch nicht für Ziel führend.

Unsere Kritik an dieser Vorgehensweise gilt allerdings in keiner Weise unserem Bürgermeister oder Frau Nink von der Finanzverwaltung, die wie gewohnt mit viel Akribie und Sachverstand auch diesen Haushaltsplanentwurf aufgestellt haben, und wofür wir uns an dieser Stelle schon mal bedanken wollen.

Nein, unsere Kritik gilt vielmehr einem Hess. Finanzministerium, dem Hess. Innenministerium mit ihrem sog. Herbstlerlass und der hessischen Landesregierung, die unsere Gemeinde durch ihre Vorgaben zu dieser Vorgehensweise zwingen.

Zwar wird in den jüngsten Meldungen in der Presse die Gemeinde Brechen als Gewinner des neuen kommunalen Finanzausgleiches genannt, weil wir 80.000 Euro mehr an Zuwendungen erhalten, allerdings bleibt dabei unerwähnt, dass gleichzeitig auch die Ausgaben für Kreis- und Schulumlage überproportional steigen und dadurch letztlich und tatsächlich ein Haushaltsloch von 280.000 Euro entstanden ist, weil das Finanzministerium bei der Bemessung der Landeszuschüsse, aber leider auch bei der Bemessung der Kreis- und Schulumlage und von einer Finanzkraft der Gemeinde Brechen ausgeht, die wir de facto nicht haben, weil man dort von Steuerhebesätzen ausgeht, die wir gar nicht erheben, da wir unseren Bürger/innen eine weitere deutliche Steuererhöhung innerhalb eines Jahres nicht zumuten wollten.

Aber genau das –die Grund- und Gewerbesteuer auf Nivellierungsniveau anheben- müssen wir nun gegen unseren Willen tun, damit wir der Kommunalaufsicht einen im Ergebnishaushalt ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf zur Genehmigung vorlegen können, und damit für das Jahr 2016 eigenverantwortlich handlungsfähig bleiben und nicht mit einem Haushaltsplan nach den sog. Grundsätzen der vorläufigen Haushaltsführung mit Ausgabensperre und Genehmigungspflicht jeder Ausgabe durch die Kommunalaufsicht durch das Haushaltsjahr 2016 gehen müssen.

Natürlich sollte jede Gemeindevertretung bei ihren Entscheidungen über Einnahmen und vor allem über ihre Ausgaben und Investitionen die damit verbundenen Auswirkungen auf das Haushaltsgefüge und mögliche Folgekosten für die nächsten Haushaltsjahre im Blick haben und berücksichtigen.

Dies sollte dann auch für die Entscheidungen des Landes, Bundes und der EU gelten, wenn sie mit ihren Beschlüssen zum Beispiel zum Kifög oder zur Eigenkontrollverordnung die kommunalen Haushalte nachhaltig belasten und uns mit der Finanzierung und den Folgekosten alleine lassen.

Denn alleine für die Umsetzung des Kifög mussten wir in diesem Jahr ca. 70.000 Euro mehr aufwenden, der genaue Betrag für nächstes Jahr lässt sich noch nicht beziffern, aber immerhin investieren wir insgesamt 1.424.000 Mio. Euro in der Kindertagesstättenfinanzierung, rund 200.000 Euro mehr als im aktuellen Haushaltsjahr.

Für die Umsetzung der EKVO wurden für 2016 150.000 Euro im Haushaltsplan eingestellt, die wir richtigerweise nun wieder herausgenommen haben.

Diese zwei Zahlen zeigen exemplarisch wie Beschlüsse auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene nachhaltig unseren Haushalt belasten, ohne dass ein adäquater finanzieller Ausgleich erfolgt.

Und genau das haben wir satt!!

Wir haben es satt, auf kommunaler Ebene bei unseren Bürgerinnen und Bürgern den Kopf dafür hinhalten zu müssen, was man sich an höherer Stelle an kostenträchtigen Gesetzen und Prestigeobjekten einfallen lässt, ohne deren finanzielle Langzeitfolgen für die Gemeinden zu überdenken und abzusichern.

Und wir haben kein Einsehen dafür, dass die Konsolidierung des Landeshaushaltes und die Schuldenbremse umgesetzt wird, indem man die kommunalen Gremien ständig zu weiteren Steuererhöhungen zwingt, um unverschuldete Mehrausgaben in ihren Haushalten aufzufangen, und dadurch Landeszuschüsse für die Konsolidierung des eigenen Landeshaushalts einsparen zu können.

Gleiches habe ich schon in meiner Haushaltsrede im letzten Jahr thematisiert, ich hätte die Rede von damals unverändert heute erneut bis hierher halten können, sie hat nichts an Aktualität verloren.

Leider!!!!

Denn nach wie vor haben wir keine Einflussmöglichkeiten auf diese Entscheidungen der politischen Parteien auf Landesebene, und werden deshalb, wenn auch widerwillig und entgegen unserer eigentlichen Überzeugung, die erneuten Steuererhöhungen und die riskanteren Haushaltsansätze mittragen, um mit einem dann genehmigungsfähigen Haushaltsplan unsere Handlungsfreiheit im kommenden Jahr 2016 zu sichern.

Wir tun dies nicht mit der Faust in der Tasche, sondern schon mit der Faust auf dem Tisch.

Im sog. Herbstelass wird den Kommunen geraten sich auf ihre Pflichtaufgaben zu konzentrieren und zur Konsolidierung ihre Haushalte freiwillige Leistungen zurückzufahren oder gänzlich zu streichen.

Aber wir wollen neben den Pflichtaufgaben, die überwiegend unsere Haushaltsmittel binden, uns auch die Möglichkeit zur Förderung und Unterstützung gemeindlicher Einrichtungen, Vereine und Institutionen erhalten, die unserer Meinung nach für das gesellschaftliche und soziale Miteinander unerlässlich sind, und einen hohen Stellenwert genießen sollte. Gleiches gilt für Maßnahmen zur Weiterentwicklung unserer Gemeinde.

Dazu gehören die Nutzungsmöglichkeiten der Sporthallen, der Kulturhalle und des Dorfgemeinschaftshauses für die Vereine und Bürger/innen der Gemeinde, was uns im Jahr 2016 einen Zuschussbetrag von rund 400.00,- Euro wert ist.

Dazu gehören die direkte, wenn auch bescheidene finanzielle Förderung der Vereine, des PEEZ-Vereins, des Gemeindearchivs und sonstiger Institutionen, die für eine Bereicherung unseres gesellschaftlichen Lebens sorgen.

Dazu gehören die Kindertageseinrichtungen und Kinderspielplätze in unserer Gemeinde, die wir mit rund 1.4 Mio. Euro im kommenden Jahr unterstützen.

Dazu gehören Planungskosten für Umbaumaßnahmen an und in der Emstalhalle zum Erhalt einer gemeindlich wichtigen sozialen Einrichtung.

Dazu gehören auch Planungskosten für mögliche Gewerbegebiete zur Aufwertung und Zukunftsorientierung unserer Gemeinde

Dazu gehören letztlich viele weitere kleine Maßnahmen, die nicht unbedingt sofort jedem auf- und einfallen, aber zu einer Aufwertung der Gemeinde beitragen, z.B. Pflege von öffentlichen Plätzen und Anlagen etc.

Eine Kommentierung einzelner Haushaltsstellen erspare ich Ihnen und mir und erübrigt sich auch, weil sie, wie schon eben erwähnt, in gewohnter Weise sorgfältig von Finanzverwaltung und Bürgermeister konzipiert wurden und keine finanziellen Spielräume bieten.

Auch auf eine erneute Diskussion über einzelne Investitionen im Finanzhaushalt auf Grund der neuen Finanzsituation und der damit verbundenen Steuererhöhungen für 2016 verzichte ich jetzt ebenfalls.

Die FWG-Fraktion trägt zunächst alle geplanten Maßnahmen mit, ist aber schon der Meinung, dass vor deren Umsetzung und Freigabe der finanziellen Mittel nochmals über die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit in Abhängigkeit der finanziellen Gegebenheiten nachgedacht werden sollte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke die jüngste Entwicklung der gemeindlichen Finanzen und die Konzeption unseres aktuellen Haushaltes zeigen, dass unsere finanziellen Handlungsspielräume quasi aufgebraucht sind.

Die Anstrengungen und Bemühungen unserer gemeindlichen Gremien müssen sich zukünftig in erster Linie auf den Erhalt und Pflege unserer gemeindlichen Einrichtungen und Werte konzentrieren.

Die Zeit der großen Investitionen und Projekte ist eigentlich zumindest mittelfristig vorbei.

Und dennoch werden uns genau solche Projekte und Investitionen ungewollt in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen wie z.B. die Renovierung des Klärwerkes oder der Emstalhalle.

Dafür werden wir finanzielle Ressourcen schaffen müssen, was eine große Herausforderung darstellt.

Trotzdem bleibt es das Ziel der FWG-Fraktion, das kulturelle, gesellschaftliche und soziale Angebot in der Gemeinde zu erhalten, ökologische Aspekte zu berücksichtigen, und natürlich auch weiterhin die Gemeinde in kleinen Schritten weiterzuentwickeln.

Allerdings wollen wir dies nicht durch ständige jährliche Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuern ermöglichen.

Darum müssen wir in den nächsten Jahren über eine Verteilung der finanziellen Lasten auf möglichst viele Schultern und über Einsparungen zum Erreichen dieser Ziele nachdenken, auch wenn dies vereinzelt mit unpopulären Maßnahmen verbunden sein sollte.

Dies wird eine große Aufgabe für die neue Gemeindevertretung sein, der wir aber mit einem ausgeglichen Haushaltsplan 2016 eine gute Grundlage mit auf ihren Weg geben können.

Deshalb wird die FWG-Fraktion, wenn auch mit der beschriebenen Sorge und Skepsis dem Haushaltsplanentwurf, der Haushaltssatzung und dem Stellenplan zustimmen.

FWG
Freie Wählergemeinschaft Brechen



Gerd Roos
Fraktionssprecher